

Das magische Viereck

Im Jahr 2016



Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Wirtschaftspolitik. Wir schreiben das Jahr 1967: Nach den Wirtschaftswunderjahren ist Deutschland erstmals wieder in eine Rezession gerutscht und Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller sowie Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß versuchen, mit einem Stabilitätsgesetz, dem sogenannten magischen Viereck, gegenzusteuern. Darin verpflichten sich Bund und Länder, „bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten“. Das klingt dröge, war aber damals ein Paradigmenwechsel – und noch heute streiten Ökonomen darüber, ob diese nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik sinnvoll ist oder nicht. Im iwd tun das Peter Bofinger, einer der fünf „Wirtschaftsweisen“, und IW-Konjunkturexperte Michael Grömling.

—> [Seiten 2-6](#)

Standards gefordert

Digitalisierung. In der Logistik sorgen standardisierte Container für Ordnung. Im Zeitalter der digitalen Ökonomie gewinnen entsprechende Standards weiter an Bedeutung. Die Unternehmen führen diese ein, weil das die Kosten der digitalen Vernetzung senkt und weil die Kunden darauf bestehen. Nach wie vor verzichten allerdings viele Firmen auf digitale Standards – unter anderem, weil sie zu wenig über deren Nutzen wissen.

—> [Seite 7](#)

Starker Sozialsektor

Beschäftigung. Fast zwei Drittel der 3,7 Millionen Jobs, die seit 1995 in Deutschland entstanden sind, entfallen auf die sozialen Dienstleistungen. Vor allem das Gesundheits- und Sozialwesen hat mit 1,9 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen stark zugelegt. Die sozialen Dienste müssen allerdings auch finanziert werden.

—> [Seite 9](#)

Die ganze Palette

Medizintechnik. Die deutschen Unternehmen dieses Zweigs der Metall- und Elektro-Industrie sind mit ihren Hightech-Erzeugnissen weltweit führend, liefern aber auch Standardprodukte in bewährter Qualität. Mit dieser Angebotspalette konnten die Firmen im Jahr 2016 ihren Umsatz um fast 4 Prozent steigern. Seit 2009 ist die Zahl der Beschäftigten in der mittelständisch geprägten Branche kontinuierlich gestiegen.

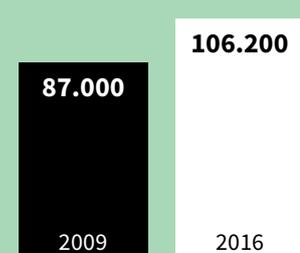
—> [Seiten 10-11](#)

Medizintechnik schafft Jobs

Beschäftigte

Angaben für Betriebe
ab 50 Mitarbeitern

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd



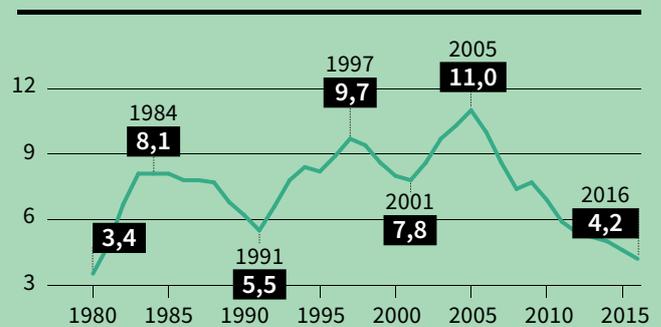
 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

50 Jahre magisches Viereck

Ein **hoher Beschäftigungsstand** und damit eine möglichst niedrige Arbeitslosigkeit sind zentrale Wohlstandsziele in Deutschland. Zu Karl Schillers Zeiten ging es vor allem darum, das Erwerbspersonenpotenzial stärker auszuschöpfen und mehr Frauen in Arbeit zu bringen. Heute weiß man zudem, dass Arbeitslosigkeit eines der größten Armutsrisiken ist. Klar ist seit den 1980er Jahren auch, dass sich die strukturelle, also nicht durch Konjunkturschwankungen bedingte Arbeitslosigkeit durch staatliche Ausgabenprogramme nicht beseitigen lässt. Hier waren die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 erfolgreicher.

Ziel: Hoher Beschäftigungsstand

Arbeitslosenquote in Prozent



Arbeitslosenquote: Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen nach internationaler Definition

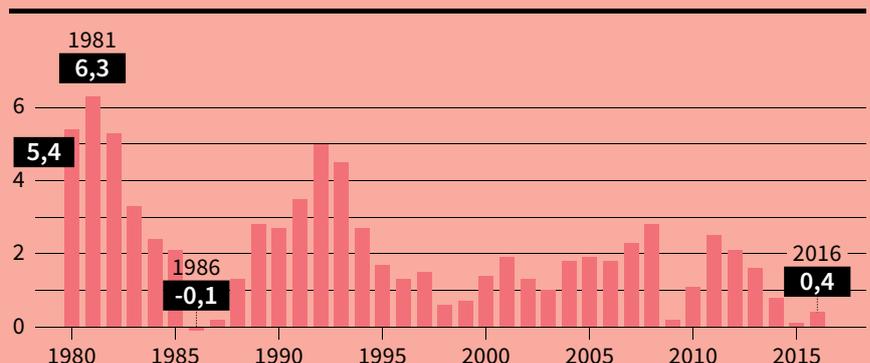
Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auch die Vermeidung von Inflation ist ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel. Doch ein **stabiles Preisniveau** zu sichern, bedeutet auch, Deflationsgefahren abzuwenden. Deswegen hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine explizite Zielmarke für die Inflation festgelegt: „unter, aber nahe 2 Prozent“. Seit die EZB 1999 die Aufgabe als Währungshüterin der Eurozone übernommen hat, gab es in Deutschland keine Inflationsraten jenseits der 3 Prozent mehr.

Ziel: Stabiles Preisniveau

Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Verbraucherpreise: nach internationaler Definition

Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

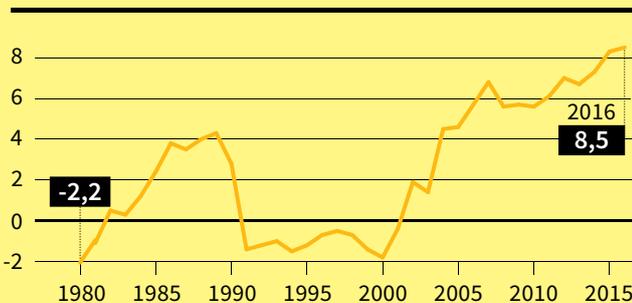
Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Am 8. Juni 1967 wurde das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ erlassen. Dem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) ging es in erster Linie darum, ein konjunkturpolitisches Eingreifen des Staates gesetzlich zu legitimieren. Das Stabilitätsgesetz verpflichtet den Staat, vier gesamtwirtschaftliche Ziele im Blick zu behalten: ein stabiles

Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsstand, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. Weil diese Ziele teilweise und vor allem kurzfristig in Konflikt zueinander stehen können, spricht man auch vom magischen Viereck der Wirtschaftspolitik.

Ziel: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Leistungsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen

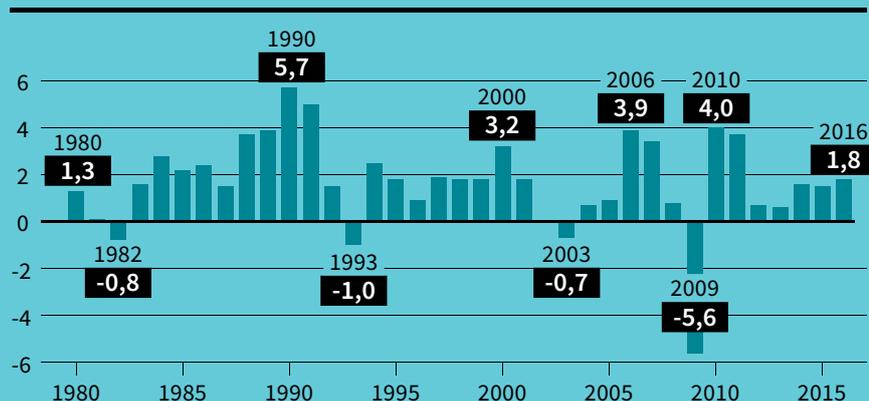
Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ob ein **außenwirtschaftliches Gleichgewicht** anzustreben ist, darüber streiten Ökonomen seit Jahren (siehe Interview auf den Seiten 4-6). Festgemacht wird dieser Zustand an einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz. Deutschland hat zwar heute aufgrund des florierenden Welthandels einen hohen Überschuss, doch das war nicht immer so. Während der Ölpreiskrise Anfang der 1980er Jahre und nach der Wiedervereinigung Anfang der 1990er Jahre waren die Importe höher als die Exporte.

Ziel: Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ein **stetiges Wirtschaftswachstum** anzustreben, heißt vor allem, allzu heftige Konjunkturausschläge zu vermeiden. Denn eine überhitzte Wirtschaft kann umso heftiger in eine Krise abgleiten. Zuletzt zeigte sich dies nach dem Platzen der New-Economy-Blase ab 2002 sowie 1993, als das konjunkturelle Strohfeuer nach der Wiedervereinigung erlosch. Was genau unter einem **angemessenen Wirtschaftswachstum** zu verstehen ist, lässt sich jedoch kaum quantifizieren – es bleibt der jeweiligen Regierung überlassen.



Foto: privat

Peter Bofinger

Interview. Mit dem Stabilitätsgesetz von 1967 vollzog Deutschland einen radikalen Kurswechsel: Statt sich so weit wie möglich aus dem Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten, strebte der Staat nun eine aktive Konjunktur- und Wachstumspolitik an. Der iwd hat zwei Experten gefragt, was sie von dieser Idee halten – und wie sie zum heute viel kritisierten Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands passt: **Peter Bofinger**, Mitglied des Sachverständigenrats (SVR) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg, sowie **Michael Grömling**, Leiter der Forschungsgruppe Konjunktur im IW Köln.

Wie sinnvoll ist aktive Konjunkturpolitik?

Herr Bofinger, Herr Grömling, 1967 war Deutschland erstmals nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Rezession. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, verpflichteten sich Bund und Länder im Stabilitätsgesetz auf die Ziele Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wachstum. War es damals sinnvoll, sich diese wirtschaftspolitischen Ziele zu setzen?

Bofinger: Das Gesetz ist ja eine Art Grundgesetz der Wirtschaftspolitik, das muss man nicht unbedingt im Zusammenhang mit der damaligen – übrigens sehr

kleinen – Rezession sehen. Die deutsche Wirtschaftspolitik und die Ökonomie haben vielmehr das keynesianische Denken übernommen. Das war damals nicht selbstverständlich, denn bis dahin herrschte die ordoliberalen Schule vor, die den freien Wettbewerb in den Mittelpunkt stellt und der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik sehr skeptisch gegenübersteht – sie galt als Weg in die Planwirtschaft.

Grömling: Die vier Ziele sind als Orientierungsrahmen durchaus sinnvoll. Strittig sind allerdings zwei Punkte: Erstens, über welche Größenordnungen reden wir jeweils – also was ist eigentlich ein angemessenes



Foto: Straßmeier

Michael Grömling

Wachstum, eine optimale Inflationsrate oder vor allem ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht? Zweitens, wie soll und kann der Staat dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen? Unter den Ökonomen gibt es dazu ganz unterschiedliche Vorstellungen.

Dem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller schwebte eine Globalsteuerung der Wirtschaft vor, also eine aktive Konjunktur- und Wachstumspolitik. Dieses nachfrageorientierte Konzept unterstützte damals auch der Sachverständigenrat. Hat es denn funktioniert?

Grömling: Die Krisen der 1970er und frühen 1980er Jahre – ausgelöst durch Ölpreisschocks – haben klar gezeigt, dass eine keynesianische Nachfragepolitik nicht die Lösung ist, sondern zusätzliche Probleme schafft. Bei Angebotsschocks führt eine aktive Konjunktursteuerung durch staatliche Fiskalpolitik eher zu lang anhaltenden Strukturkrisen.

Bofinger: Das nachfrageorientierte Rezept ist aufgegangen, alle großen Rezessionen, die wir seitdem hatten, sind damit therapiert worden. In der weltweiten Krise der Jahre 2008/2009 zum Beispiel haben die meisten Staaten ganz gezielt mit Nachfragepolitik reagiert und konnten den erschreckenden Abschwung relativ schnell abfangen. In Deutschland hat der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück dazu zwar etwas länger gebraucht, aber letztlich war ihm wie allen anderen Verantwortlichen klar: Jetzt ist die Stunde der Globalsteuerung gekommen – und die hat funktioniert.

Der Sachverständigenrat hat jedoch schon 1976 mit seinem Gutachten „Zeit zum Investieren“ das Gegenkonzept präsentiert, also die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik.

Bofinger: Ich sehe den Kontrast zwischen Angebots- und Nachfragepolitik nicht. Um mal einen medizinischen Vergleich zu ziehen: Angebotspolitik ist eine gute Prävention – das ist die Voraussetzung, um gesund zu bleiben. Aber wenn der Patient eine schwere Infektion hat, dann muss man eben von außen seine Selbstheilungskräfte mobilisieren und unterstützen – das ist Nachfragepolitik. Es kommt halt auf die richtige Diagnose und auf die richtige Dosierung der Medizin an – und darauf, die Medizin wieder rechtzeitig abzusetzen.

Grömling: Aber genau das ist ja oft das Problem. Was ist die richtige Dosierung und kommt die auch rechtzeitig an? Die Abwrackprämie war meiner Meinung nach mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland mehr Symbolpolitik. Die Infrastrukturprogramme waren angebotsseitig richtig, im Auge des Sturms 2009 aber irrelevant. Die meisten Bagger rollten erst in den Folgejahren.

Eine unerwünschte Nebenwirkung der nachfrageorientierten Therapie ist mehr Staatsverschuldung.

Bofinger: Richtig, aber wo liegen die vernünftigen Schwellenwerte für Verschuldung? Wann wird sie pathologisch? Beim Schuldenstand tun wir uns sehr

„Angebotspolitik ist eine gute Prävention – aber bei einer schweren Infektion brauchen wir Nachfragepolitik.“

Peter Bofinger



schwer, zu definieren, wann er akzeptabel ist und wann nicht.

Grömling: Richtig, nur die Grundidee des „Deficit Spendings“ war ein über die Konjunkturzyklen ausgeglichener Staatshaushalt. Schulden in der Krise sind erlaubt. Aber dann muss man bitte auch den Anstand haben, die Rechnung in guten Zeiten zu begleichen. Kontinuierlich steigende Staatsschulden sind für mich – auch mit Blick auf meine Kinder – nicht tragbar.

Streng genommen verfehlt Deutschland eines der vier Ziele, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, seit Jahren. US-Präsident Trump, der neue französische Präsident Macron, aber auch die EU-Kommission und der Internationale Währungsfonds werden nicht müde, der Bundesrepublik ihre stetig steigenden Leistungsbilanzüberschüsse vorzuwerfen. Sind die Vorwürfe berechtigt?

Grömling: Nein, denn zum einen atmet die deutsche Leistungsbilanz gleichmäßig mit den globalen Investitionen. Vor allem die aufstrebenden Volkswirtschaften haben einen großen Kapitalhunger. Deutschland trägt mit seinen Investitionsgüterexporten viel zum globalen Aufholprozess bei. Mit Blick auf die enormen Leistungsbilanzdefizite in großen fortgeschrittenen Ländern wie den USA stellt sich für mich zum anderen eher die Frage, warum brauchen diese Länder so viel Kapital und Güter aus dem Ausland? Vor allem in den USA ist es doch die hohe Staatsverschuldung, die zu einem Zwillingsdefizit führt, also im Haushalt und in der Leistungsbilanz. Das ist das Problem.

Bofinger: Was ist denn ein Leistungsbilanzüberschuss überhaupt? Es handelt sich dabei um eine Sparschwemme, die inländische Ersparnis ist höher als die Investitionen. Es gibt also ein inländisches Nachfragedefizit, das erzielte Einkommen in Deutschland ist größer als die

Nachfrage der Inländer. Das ist für die anderen Länder logischerweise ein Problem. Man kann aber auch umgekehrt fragen: Ist es im deutschen Interesse, dass unsere Geldvermögensbildung – also das Sparen – extrem hoch ist, während die Sachvermögensbildung – also die Investitionen – historisch niedrig ist? Ist es in einem Niedrigzinsumfeld vernünftig, dass die Vermögensbildung in Deutschland in Form von Geldforderungen ans Ausland stattfindet? Ich sage: In unserem eigenen Interesse ist das ökonomisch nicht besonders clever.

Deutschland muss also zu Hause mehr investieren?

Bofinger: Das hätten wir schon seit Jahren machen müssen. Bei den öffentlichen Investitionen ist Deutschland am unteren Rand der OECD-Länder.

Grömling: Die öffentlichen Investitionen könnten besser laufen. Das löst aber nicht die Probleme in anderen Ländern.

Manch einer fordert, dass in Deutschland auch die Löhne stärker steigen sollen, um so die Importe zu steigern und die Überschüsse abzubauen.

Bofinger: In der Tat. Wir haben laut aktueller Steuerschätzung deutliche zusätzliche Einnahmen, auf der anderen Seite hat der öffentliche Dienst jetzt einen Tarifabschluss von 2 Prozent verabschiedet. Bei einer fast gleich hohen Inflationsrate heißt das: Die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst werden 2017 vom allgemeinen Wohlstandszuwachs abgekoppelt. Wie kann das sein?

Grömling: Deutschland hat seit Jahren eine starke Inlands- und Importnachfrage. Das liegt in erster Linie an der guten Arbeitsmarktentwicklung. Das sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Übrigens, die Inflationsrate belief sich 2016 auf nur ein halbes Prozent und auch für 2017 erwarten wir nur anderthalb Prozent.

„Kontinuierlich steigende Staatsschulden sind für mich – auch mit Blick auf meine Kinder – nicht tragbar.“

Michael Grömling

Gemeinsame Sprache gesucht

Digitalisierung. Die digitale Ökonomie ist undenkbar ohne eine einheitliche Sprache, in der Mensch und Maschine miteinander kommunizieren können. Aus dieser Erkenntnis ziehen allerdings noch längst nicht alle Unternehmen in Deutschland die nötigen Konsequenzen.

Ohne Standards, also ohne eine möglichst einheitliche Art und Weise, etwas durchzuführen, wäre das (Geschäfts-)Leben von heute nahezu unmöglich.

In der Logistik zum Beispiel gibt es weltweit einheitliche oder zumindest kompatible Container: Deren Ausmaß sowie ihr Material sind in Standards festgelegt, sodass die Container problemlos per Lkw, Zug, Schiff und Flugzeug transportiert werden können. Wäre das nicht so, gäbe es bei Transport und Lagerung ein heilloses Durcheinander.

Im Zeitalter der Digitalisierung gewinnen Standards sogar noch an Bedeutung. Denn die zunehmende Vernetzung basiert auf einer gemeinsamen Sprache; sie ermöglicht und erleichtert die Verknüpfung von Wertschöpfungsketten über Unternehmensgrenzen hinweg.

Das spart langfristig Kosten – was wiederum für gut drei Viertel der Unternehmen ein Grund ist, Standards einzuführen. Wie die Befragung von rund 1.200 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels 2016 zeigt, gibt es aber ein noch wichtigeres Motiv (Grafik):

Rund 85 Prozent der Industriefirmen und industrienahen Dienstleister führen Standards ein, weil ihre Kunden dies fordern.

Zwar ist generell unbestritten, dass Standards heute eine entscheidende Rolle spielen: 85 Prozent der

Unternehmen finden sie für ihre Digitalisierung wichtig. Das bedeutet aber nicht, dass sie auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen:

Mehr als die Hälfte der Unternehmen, die Standards als wichtig erachten, haben in den vergangenen zwei Jahren trotzdem keine eingeführt.

Die Gründe dafür: Manche Unternehmen wissen nichts über die Kosten und den Nutzen. Andere sind sich nicht sicher, in welche Standards sie investieren sollen, weil nicht klar ist, welche sich langfristig durchsetzen werden. Oder sie verzichten darauf, weil ihre Kunden und Lieferanten keine Standards nutzen.

Als Faustregel gilt: Unternehmen, die ihre Strategie stark auf die

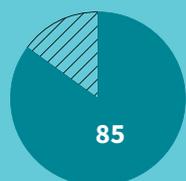
Digitalisierung ausrichten, setzen eher Standards ein als jene, für die die Digitalisierung keine große Rolle spielt. Daraus erwächst ein Henne-Ei-Problem: Die fehlende Digitalisierung behindert den Einsatz von Standards – und der spärliche Einsatz von Standards verlangsamt die digitale Transformation. Da es zur Digitalisierung keine Alternative gibt, muss die Politik internationale Standards fördern und vor allem kleinere Unternehmen bei deren Einführung unterstützen.

Aus IW-Trends 2/2017

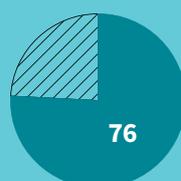
Barbara Engels: Bedeutung von Standards für die digitale Transformation
iwkoeln.de/standards

Standards in der Digitalisierung: Weil die Kunden sie fordern

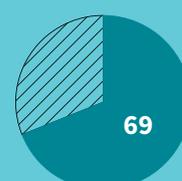
So viel Prozent der Unternehmen führen Standards in der Digitalisierung ein, ...



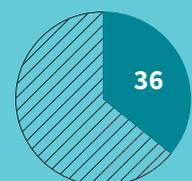
... weil es die Kunden fordern



... weil es Kosten einspart



... weil der Wettbewerbsdruck hoch ist



... weil es die Lieferanten fordern

Von Angesicht zu Angesicht

Messen. Obwohl sich heutzutage fast alle Geschäfte online abwickeln lassen, sind Messen mit ihren klassischen Begegnungen von Angesicht zu Angesicht für Unternehmen nach wie vor von zentraler Bedeutung. Und das wird auf absehbare Zeit auch so bleiben.

Deutschland ist der Messestandort Nummer eins: Von den weltweit wichtigsten Branchenmessen finden rund 60 Prozent in der Bundesrepublik statt.

Nach aktuellen Daten beteiligen sich etwa 59.000 deutsche Unternehmen an inländischen Fachmessen und knapp 27.000 an Messen im Ausland.

An diesem hohen Engagement wird sich in naher Zukunft wenig ändern, wie eine Befragung des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses AUMA von Unternehmen, die an Messen teilnehmen, ergeben hat: Die Firmen wollen im laufenden Jahr und 2018 im Durchschnitt auf zehn Messen im In- und Ausland ausstellen. Obwohl Großkonzerne auf Messen wie der Internationalen Automobil-Ausstellung dominieren, sind generell die Mittelständler in der Überzahl (Grafik unten):

Fast acht von zehn Messeausstellern erzielen einen Jahresumsatz von maximal 50 Millionen Euro.

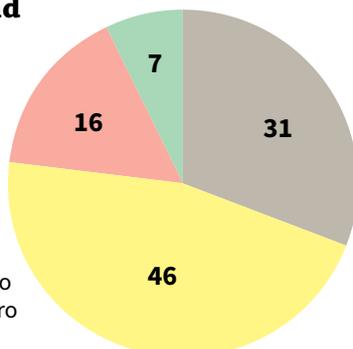
Zentral sind Messen für Industriebetriebe – 57 Prozent der Aussteller kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe (Grafik oben) und fast drei Viertel exportieren.

Deshalb überrascht es nicht, dass der Anteil der Firmen, die auf ausländischen Messen präsent sind, recht hoch ist: Etwa 45 Prozent der rund 500 befragten Unternehmen waren in den vergangenen zwei Jahren auf einer

Kleinere Betriebe sind Messe-Meister

So viel Prozent der deutschen Messeaussteller haben einen Umsatz von ...

- unter 2,5 Millionen Euro
- 2,5 bis unter 50 Millionen Euro
- 50 bis unter 250 Millionen Euro
- 250 Millionen Euro und mehr



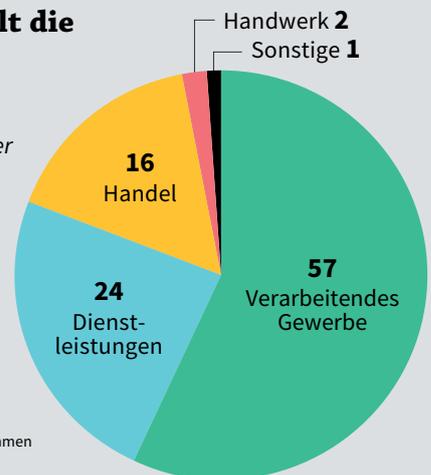
Befragung von 501 Unternehmen im November 2016

Quelle: Verband der deutschen Messewirtschaft AUMA/TNS Emnid © 2017 IW Medien / iwd



Industrie füllt die Messehallen

So viel Prozent der deutschen Aussteller gehören zu diesem Wirtschaftszweig



Befragung von 501 Unternehmen im November 2016

Quelle: Verband der deutschen Messewirtschaft AUMA/TNS Emnid © 2017 IW Medien / iwd



Auslandsmesse. Rund 40 Prozent der Befragten besuchten europäische Messen und etwa 25 Prozent (auch) Messen auf anderen Kontinenten. Von Unternehmen mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz haben sogar zwei Drittel im Ausland ausgestellt.

Im Marketing-Mix der Firmen rangieren Messen auf Platz zwei. Nur die Firmen-Homepage finden die befragten Unternehmen noch wichtiger. Sie lassen sich den Auftritt auf Messen denn auch einiges kosten:

Die Messebudgets lagen in den vergangenen zwei Jahren bei durchschnittlich 281.000 Euro pro Jahr.

Der Anteil der Messen am Marketingetat für die Business-to-Business-Kommunikation ist zuletzt auf 45 Prozent gestiegen; 2001 lag der Anteil bei einem Drittel. Ein Viertel der Firmen plant, das Budget 2017 und 2018 weiter zu erhöhen. Doch trotz der Bedeutung der Auslandsmessen fließen 83 Prozent der Mittel in innerdeutsche Engagements – aus zwei Gründen:

- Auslandsmessen werden teilweise über ausländische Tochtergesellschaften abgewickelt und sind deshalb in hiesigen Marketingbudgets nicht erfasst.
- Internationale Leitmessen wie die CeBIT und die Hannover Messe finden in Deutschland statt, belasten also trotz weltweiter Relevanz die Inlandsbudgets.

Über mangelndes Interesse aus dem Ausland können sich die hiesigen Messen derweil nicht beschweren: Über die Hälfte der jährlich 160.000 bis 180.000 Aussteller und gut ein Viertel der circa zehn Millionen Besucher kommen aus dem Ausland.

Soziale Dienstleistungen boomen

Beschäftigung. Der deutsche Arbeitsmarkt eilt von einem Rekord zum nächsten. In den vergangenen 20 Jahren sind 3,7 Millionen neue Jobs entstanden. Ein erheblicher Teil davon geht auf die sozialen Dienstleistungen zurück.

Der deutsche Arbeitsmarkt präsentiert sich zurzeit in glänzender Verfassung. Die Arbeitslosigkeit sinkt, und Jahr für Jahr entstehen Hunderttausende neue – überwiegend sozialversicherungspflichtige – Beschäftigungsverhältnisse.

Besonders erfreulich: Auch die Industrie, die aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Produktivitätszuwächse lange Zeit Beschäftigung verlor, legt wieder zu:

Allein in der Metall- und Elektro-Industrie sind in den vergangenen zehn Jahren 350.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Die meisten neuen Stellen zählt allerdings der Dienstleistungssektor. Ein traditioneller Jobmotor ist das Segment der unternehmensnahen Dienstleistungen, das von der Gebäudereinigung bis zur Forschung und Entwicklung reicht.

Die größten Zuwächse verzeichnen jedoch die sozialen Dienstleistungen. Dazu gehören die öffentliche Verwaltung, der Bereich Erziehung und Unterricht sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Auf diese Sparten entfielen fast zwei Drittel des gesamten Stellenzuwachses seit 1995. Insgesamt waren im Bereich der sozialen Dienste zuletzt mehr als zehn Millionen Menschen beschäftigt. Das schlägt sich in der Erwerbstätigenstatistik nieder (Grafik):

Im Jahr 2015 arbeiteten rund 26 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland in den sozialen Dienstleistungen.

Allerdings: Nicht alle Aktivitäten in diesen Branchen dienen unmittelbar sozialen Zwecken. So umfasst der Bereich Erziehung und Unterricht zum Beispiel auch die Fahrschulen.

Während die öffentliche Verwaltung langfristig Beschäftigung abgebaut hat, legte insbesondere das Gesundheits- und Sozialwesen zu. Dort sind binnen zwei Jahrzehnten 1,9 Millionen Arbeitsplätze entstanden.

Dass die Beschäftigung vor allem in jenen Bereichen stark zunimmt, in denen – wie im Sozialwesen – das Produktivitätswachstum unterdurchschnittlich ist, verwundert kaum. Denn Dienstleistungen am Menschen lassen sich – anders als zum Beispiel die Produktion von Autos – weniger

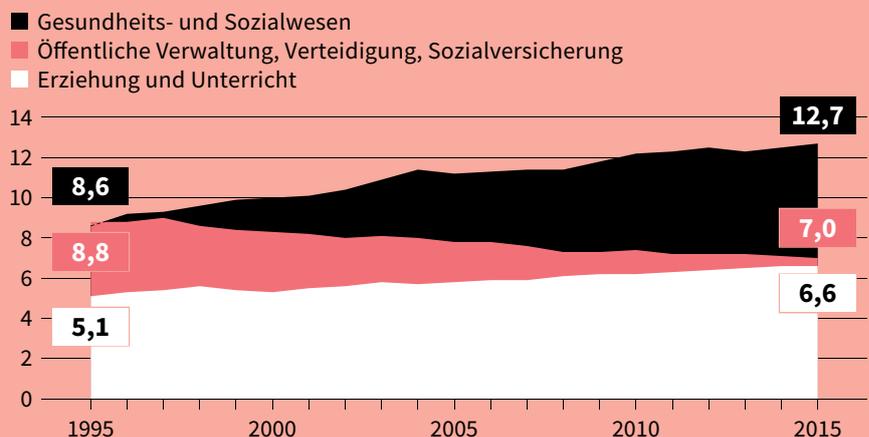
stark automatisieren. Und auch die Tatsache, dass eine Gesellschaft mit steigendem Wohlstand mehr und mehr Dienstleistungen nachfragt, ist selbstverständlich.

Doch bei aller Freude über den Job-Boom in den sozialen Dienstleistungen: Die Bundesbürger können nicht allein davon leben, sich gegenseitig zu unterrichten oder gesund zu pflegen, sondern es müssen auch Konsumgüter produziert oder importiert werden.

Diese Produktion bildet die Basis des deutschen Wohlstands, könnte aber durch steigende Kosten für soziale Dienste überlastet werden. Deshalb darf man nicht vergessen, dass die sozialen Dienste auch finanziert werden müssen.

Erwerbstätige in sozialen Dienstleistungen

in Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland



Ursprungsdaten: Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Hightech für die Gesundheit

Medizintechnik. Qualitativ hochwertige und weltweit nachgefragte Produkte sorgen dafür, dass Umsatz und Beschäftigung in der Medizintechnik-Branche seit Jahren wachsen. Auch die Aussichten für diesen Zweig der deutschen Metall- und Elektro-Industrie sind gut – dank der steigenden Lebenserwartung in den Industriestaaten und des zunehmenden Wohlstands in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

In den Industrieländern werden die Menschen immer älter, in den Schwellen- und Entwicklungsländern steigen der Wohlstand und die Bevölkerungszahlen. Beide Entwicklungen kommen der Medizintechnik zugute, denn beide erhöhen auf unterschiedliche Weise die Nachfrage nach medizinischen Leistungen.

Die Betriebe der deutschen Medizintechnik profitieren von diesen Trends besonders, da sie einerseits mit ihren Technologien weltweit führend sind, andererseits Standardprodukte in bewährter Qualität liefern – und somit das gesamte Anforderungsspektrum abdecken.

Zwei Sparten, eine Branche. Die deutsche Medizintechnik teilt sich in zwei Bereiche:

- **Die Elektromedizin** steht für Hightech-Geräte – die Palette reicht vom hochauflösenden Ultraschallgerät über Elektroskalpelle in der Hochfrequenzchirurgie bis zum Magnetresonanztomografen. Im Jahr 2016 waren gut 18.700 Mitarbeiter in den 30 Betrieben der Elektromedizin beschäftigt.

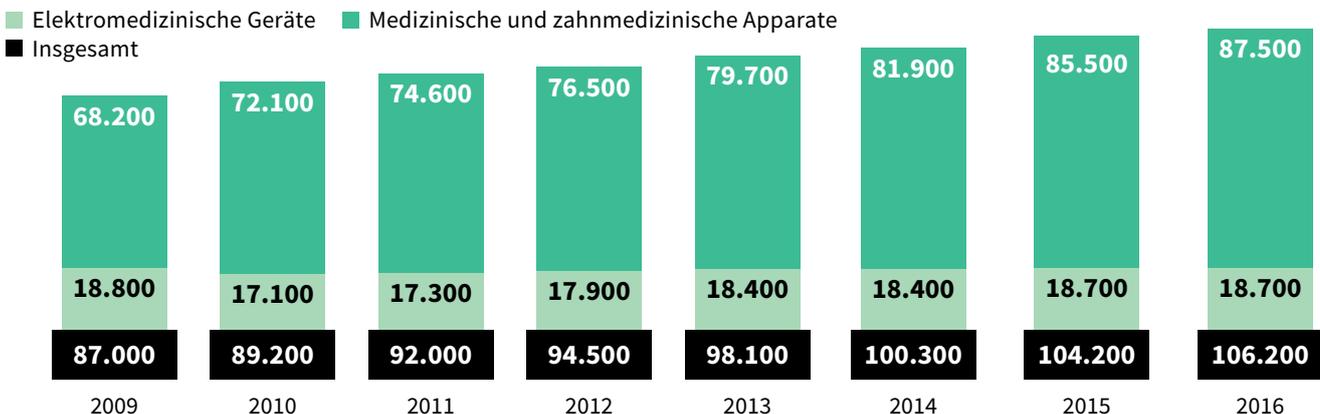
- **Die Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien** befasst sich zum einen mit technologisch anspruchsvollen Geräten – etwa für die Zahnmedizin. Zum anderen umfasst die Angebotspalette auch traditionelle Produkte wie Skalpelle und Mullbinden. Mit insgesamt 87.500 Mitarbeitern in gut 400 Betrieben sind hier 82 Prozent aller Branchenmitarbeiter beschäftigt.

Der Umsatz. Zusammengenommen konnten die Unternehmen der Medizintechnik ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 3,9 Prozent auf gut 27 Milliarden Euro steigern. Treibende Kraft war dabei die Inlandsnachfrage – der Absatz innerhalb der Landesgrenzen wuchs mit einem Plus von 5 Prozent noch stärker als der auf den Auslandsmärkten. Diese Tendenz setzt sich offenbar auch 2017 fort (Grafik Seite 11):

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres legte der Inlandsumsatz in der Medizintechnik im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,2 Prozent zu.

Mehr Jobs in der Medizintechnik

Beschäftigte



Angaben für Betriebe ab 50 Mitarbeitern

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Insgesamt ist die Medizintechnik aber stark auf ausländische Märkte ausgerichtet – die Exportquote lag im vergangenen Jahr bei gut 67 Prozent.

Die Beschäftigung. Die Branche wächst seit geraumer Zeit – auch die Beschäftigungszahlen gingen in den vergangenen acht Jahren kontinuierlich nach oben. Zwar gab es in der Elektromedizin von 2009 auf 2010 einen Beschäftigungsknick, doch der ist wohl auf eine statistische Änderung zurückzuführen. Die Aufteilung der Medizintechnik war zum damaligen Zeitpunkt noch neu und nicht immer frei von Überschneidungen. Besonders gut fällt die Personalbilanz im zweiten Bereich aus (Grafik Seite 10):

Die Hersteller von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten haben ihre Belegschaft seit 2009 um 28 Prozent aufgestockt.

Durch die außerordentlich hohen Anforderungen an Qualität und Hygiene ist eine Verlagerung der Produktion an kostengünstigere Standorte anscheinend keine Option – auch nicht für einfachere medizinische Apparate und Materialien.

Die Branchenstruktur. Mittelständische Unternehmen dominieren das Bild der deutschen Medizintechnik. Durchschnittlich arbeiten 245 Beschäftigte in einem Betrieb. Dabei sind in diesem Wert die 790 kleineren Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten noch nicht einmal enthalten. Dort arbeiteten 2015 noch einmal circa 24.000 Menschen, wobei die Grenzen zum medizintechnischen Handwerk – etwa in der Orthopädie – fließend sind. Bei den Herstellern von (zahn-)medizinischen Apparaten und Materialien gibt es weit mehr Kleinbetriebe als in der Elektromedizin.

Die mittelständische Struktur der Branche mit viel Kleinserienfertigung von Spezialgeräten schlägt sich auch in der Produktivität nieder. Sie bleibt mit 255.000 Euro Umsatz je Mitarbeiter unter dem Wert der gesamten Industrie.

Die Zukunft der Branche. Auch wenn die „traditionelle“ Medizintechnik in Deutschland dominiert – der technische Fortschritt spielt eine immer größere Rolle. Das zeigt sich im Arbeitsalltag der Mediziner. Tablets gehören zum Beispiel für Ärzte schon längst zur Grundausstattung, um schnell und unkompliziert auf Patientendaten zugreifen zu können.

Wichtige Zukunftsfelder werden virtuelle Diagnosen und Behandlungen sein. In ländlichen Gebieten, egal ob in fortschrittlichen oder in weniger entwickelten Ländern, könnten auf diese Weise Lücken in der medizinischen Versorgung vor Ort gefüllt werden.

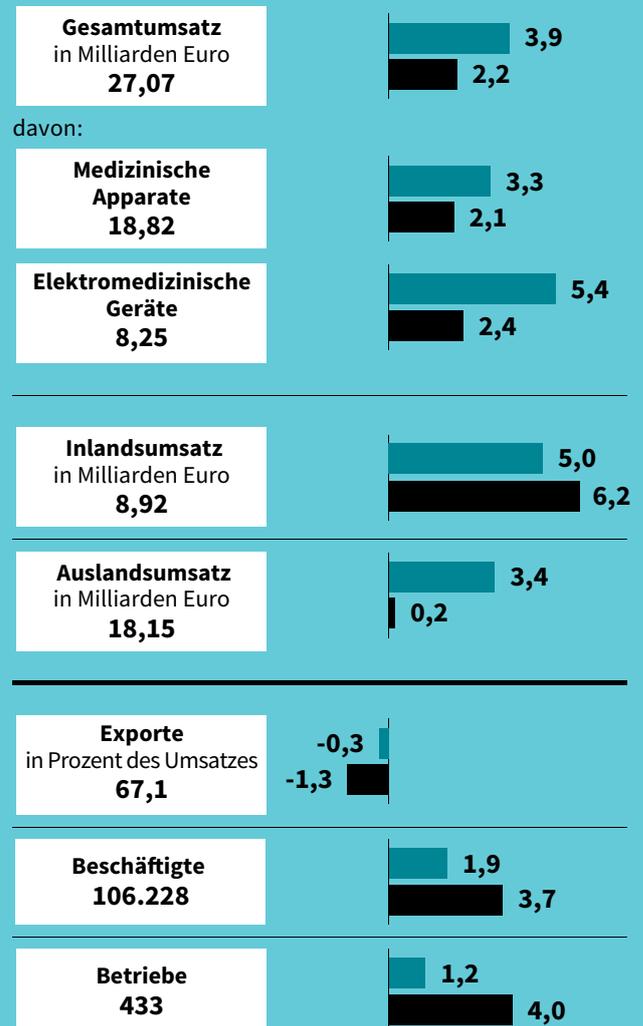
In skandinavischen Gesundheitszentren werden derartige Ferndiagnosen, die einen entsprechenden

Ausbau der Digitalinfrastruktur voraussetzen, bereits praktiziert. Langfristig könnten auch fernüberwachte Operationsroboter zum Einsatz kommen.

Medizintechnik in Zahlen

Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien sowie von Bestrahlungs- und elektromedizinischen Geräten im Jahr 2016

■ Veränderung gegenüber 2015 in Prozent
■ Veränderung in den ersten beiden Monaten 2017 gegenüber Vorjahreszeitraum



Umsatz je Beschäftigten in 1.000 Euro
im Jahr 2016

Medizintechnik	254,8
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	313,0

Angaben für Betriebe ab 50 Mitarbeitern;
Exporte in Prozent des Umsatzes: Veränderung in Prozentpunkten

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
 (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
 Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
 Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
 € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
 inkl. Mehrwertsteuer,
 Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
 elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
 SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Kinder, Kinder

Born in the EU

Geburtenrate je Frau im Jahr 2015

■ EU-Länder mit den höchsten Geburtenraten	■ EU-Länder mit den niedrigsten Geburtenraten
Frankreich — 1,96	Portugal — 1,31
Irland — 1,92	Polen — 1,32
Schweden — 1,85	Zypern — 1,32
Vereinigtes Königreich — 1,80	Spanien — 1,33
Dänemark — 1,71	Griechenland — 1,33



Quelle: Eurostat
 © 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Zahl der Woche



1.245
Absolventen

von Fachhochschulen beziehungsweise Hochschulen für Angewandte Wissenschaften haben zwischen 2012 und 2014 erfolgreich an einer deutschen Universität promoviert. Das sind 30 Prozent mehr als zwischen 2009 und 2011. Das Promotionsrecht haben in Deutschland ausschließlich Universitäten. Seit der Einführung der neuen Studienabschlüsse sind Fachhochschulabsolventen mit einem Masterabschluss grundsätzlich zur Promotion berechtigt.

Ein Blick auf Europas Geburtenraten zeigt: Der Kontinent scheint langsam, aber sicher auszusterben. Selbst in Frankreich, das man mit durchschnittlich 1,96 Babys je Frau als produktivste Krabbelstube Europas bezeichnen könnte, reicht der Kindersegen nicht aus, um die Bevölkerung ohne Zuwanderung konstant zu halten. Denn dafür müsste jede Französin im Schnitt 2,1 Kinder zur Welt bringen – so viele Nachkommen braucht es in Europa zum Ausgleich der Sterberate. Dass ausgerechnet die als besonders kinderfreundlich bekannten Länder Südeuropas die niedrigsten Geburtenziffern aufweisen, hängt auch mit der dort herrschenden hohen Jugendarbeitslosigkeit zusammen, die junge Frauen oft noch stärker trifft als gleichaltrige Männer.

Neu auf iwd.de: Der Instrumentenkasten der BA

Der Bundesagentur für Arbeit (BA) steht eine Reihe von Maßnahmen zur Verfügung, mit denen sie versucht, Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder abzubauen. Mit gut 1 Milliarde Euro verursachte die Förderung der beruflichen Weiterbildung im Jahr 2015 die höchsten Kosten; die meisten neuen Teilnehmer – rund 430.000 – wurden bei den Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung gezählt. Wie erfolgreich die BA mit ihrem Instrumentenkasten zuletzt war, lesen Sie auf iwd.de.

